



volkshilfe.

SOZIALBAROMETER KINDERARMUT

ERGEBNISSE DER Ö-WEITEN FORESIGHT-UMFRAGE 2024

Soziodemographische Daten



Befragt wurden
Personen ab 15 Jahren

Zeitraum: 06.05.2024 –
09.06.2024

Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung.

Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.



Einleitung

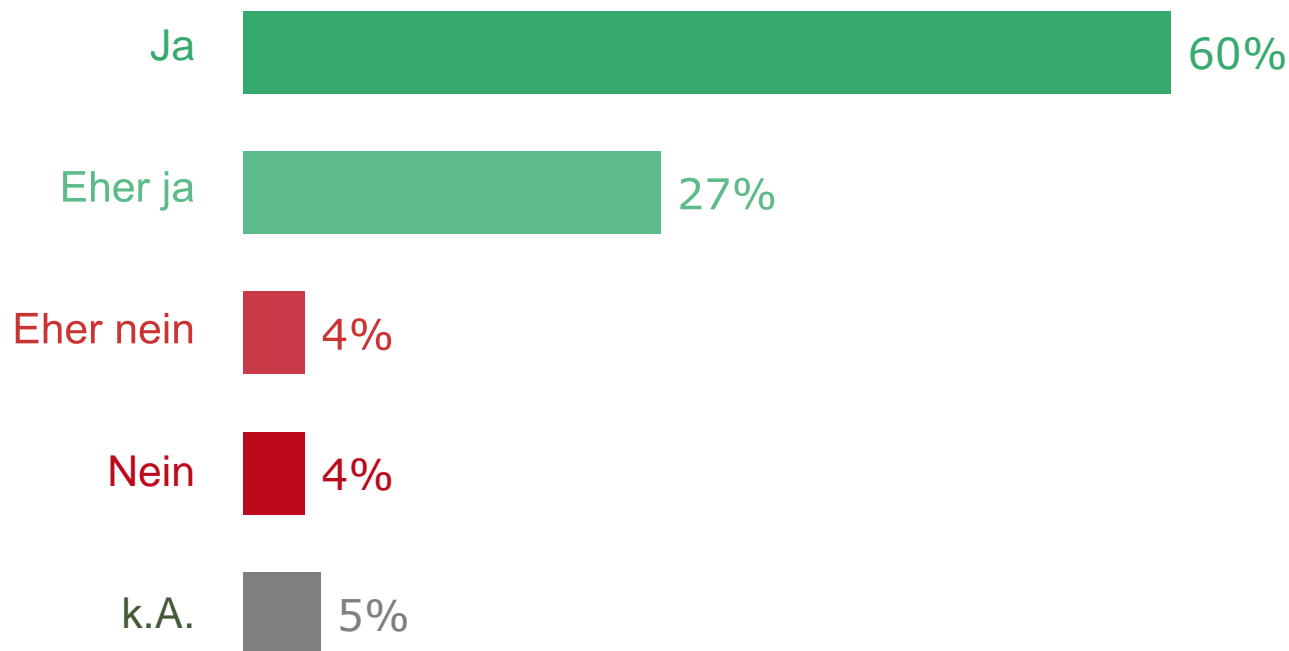
Die Volkshilfe entwickelt ihre sozialpolitischen Konzepte und Forderungen auf der Basis interner und externer Forschungsergebnisse, aus den Erfahrungen der täglichen Arbeit mit Betroffenen und aus ihrem Sozialbarometer.

Für den Volkshilfe Sozialbarometer werden vom Forschungsinstitut Foresight mehrmals jährlich repräsentative, österreichweite Befragungen durchgeführt, um ein Stimmungsbild über die soziale Lage der Bevölkerung zu erhalten.

Im vorliegenden Sozialbarometer beantworten die Menschen in Österreich Fragen rund um das Thema Kinderarmut. Eine wichtige und zukunftssträchtige Frage, besonders im Wahljahr 2024.

FAST NEUN VON ZEHN BEFRAGTEN SAGEN, BEKÄMPFUNG VON KINDERARMUT SOLL WESENTLICHES ZIEL DER REGIERUNG SEIN

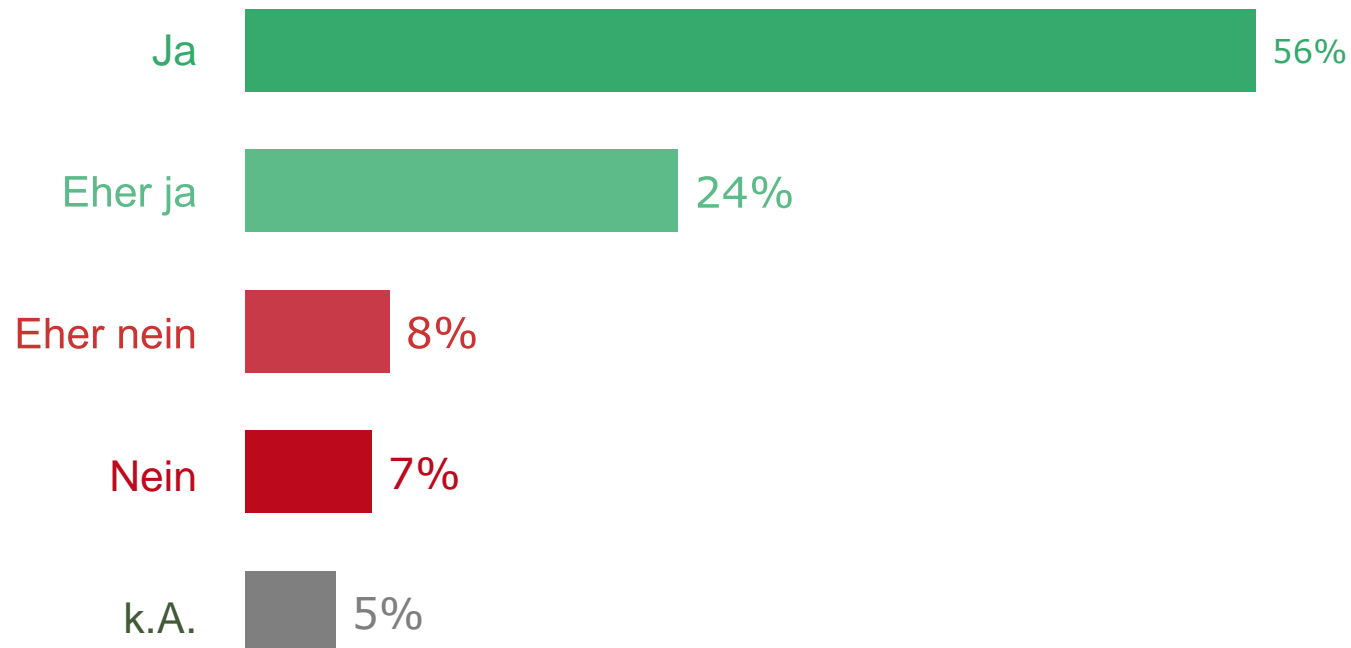
Die Zahl der Kinder, die von absoluter Armut betroffen sind, hat sich im Vorjahr in Österreich verdoppelt: Derzeit leben 84.000 Kinder in Haushalten, die es sich nicht leisten können, jeden Tag eine vollwertige warme Mahlzeit zu essen. Glauben Sie, dass die Bekämpfung von Kinderarmut ein wesentliches Ziel der nächsten Regierung sein sollte?



Fast Neun von Zehn Befragten (87%) sagen, dass die Bekämpfung von Kinderarmut ein wesentliches Ziel der nächsten Regierung sein soll. Ein klarer Handlungsauftrag, der von der Regierung einfordert, ihren Versprechen in Sachen Halbierung der Armut endlich nachzukommen. Die Verdoppelung der absoluten Armut bei Kindern & Jugendlichen, von 36.000 auf 88.000 (Statistik Austria), ist ein lautes Alarmsignal, das deutlich zeigt, dass aktuelle Maßnahmen nicht bei jenen ankommen, die es am meisten brauchen.

DEUTLICHE MEHRHEIT BEFÜRWORTET EINE MILLIONÄRSSTEUER

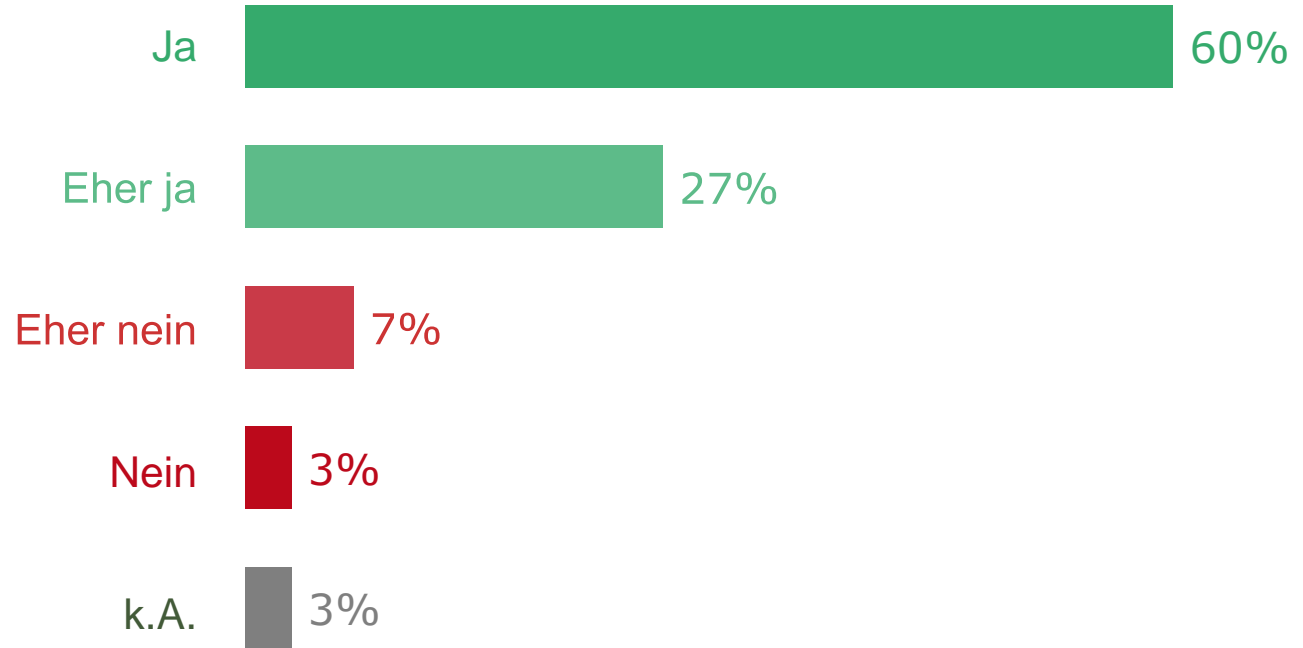
Im internationalen Vergleich leisten Superreiche in Österreich kaum einen finanziellen Beitrag zum Steueraufkommen. Sind Sie für die Einführung einer Millionärssteuer, um damit sozialstaatliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Maßnahmen gegen Kinderarmut finanzieren zu können?



Acht von zehn Befragten (80%) stimmen der Einführung einer Millionärssteuer zu, um damit sozialstaatliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Maßnahmen gegen Kinderarmut finanzieren zu können. Eine stark progressive Vermögenssteuer würde rund 11,2 Milliarden Euro pro Jahr bringen. Damit könnte nicht nur locker die Kindergrundsicherung finanziert werden, sondern auch Bereiche wie Pflege, Schulen und Krankenhäuser ausfinanziert werden.

STÄRKERE KONTROLLE DER POLITIK BEI LEBENSMITTELPREISEN GEFORDERT

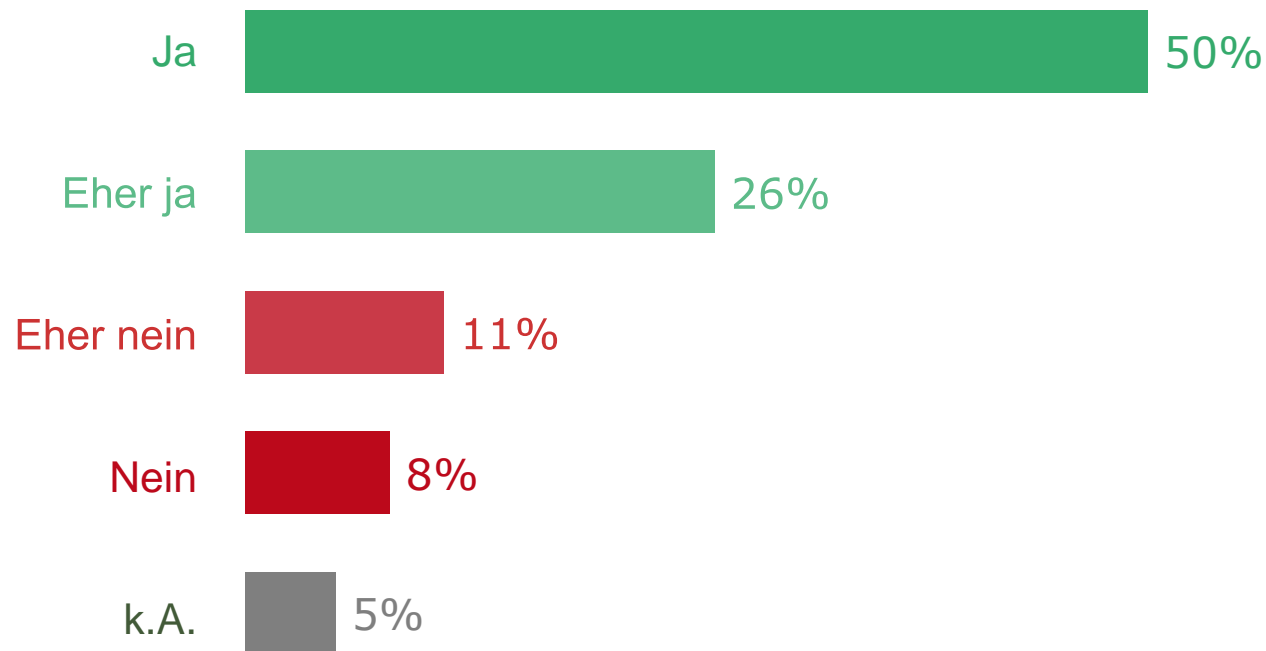
Immer mehr Menschen können sich die Ausgaben des täglichen Lebens nicht leisten. Glauben Sie, dass es eine stärkere Kontrolle der Politik bei den Lebensmittelpreisen braucht, um die Teuerung zu bekämpfen?



Fast neun von zehn Befragten (87%) befürworten eine stärkere Kontrolle der Politik bei den Lebensmittelpreisen, um die Teuerung zu bekämpfen. Denn die Teuerung ist nicht vorbei und vor allem im Leben von Menschen mit niedrigen Einkommen deutlich spürbar: Jede 10. Familie hatte im letzten Jahr Sorge, dass ihre Kinder nicht ausreichend zu essen haben (Studie Gesundheit Österreich). Die gesundheitlichen Folgen von Ernährungsarmut bei Kindern sind eindeutig: Armutsbetroffene Kinder sind häufiger krank, das zeigt sich bereits im frühen Kindesalter (Studie Ärztekammer & Volkshilfe).

HOHE ZUSTIMMUNG ZU TATSÄCHLICH KOSTENFREIEM SCHULBESUCH

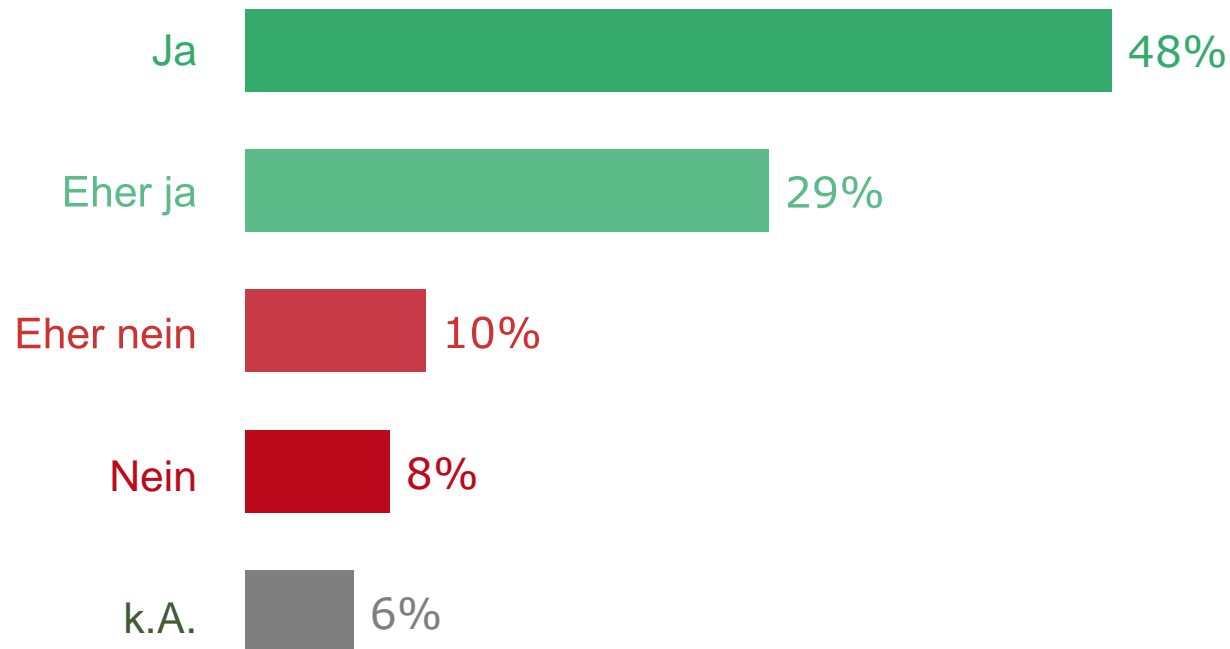
Für 60 Prozent der Eltern sind die Schulkosten laut einer Studie aus dem letzten Jahr belastend. Sind Sie dafür, dass der Schulbesuch in Österreich tatsächlich kostenfrei wird?



Mehr als drei Viertel der Befragten (76%) sind dafür, dass der Schulbesuch in Österreich tatsächlich kostenfrei wird. Dass armutsbetroffene Familie fast doppelt so viel ihres Haushaltseinkommens für Schulkosten ausgeben müssen, wie der Durchschnitt (Schulkostenstudie AK), zeigt dass Bildungschancen in Österreich nicht gleich verteilt sind. Eine tatsächlich kostenfreie Schule, ohne versteckte Kosten (für Kopierbeiträge, Unterrichtsmaterialien, Projekttag, Ausflüge, Sportunterricht u.ä.m.), würde gleiche Chancen für alle Kinder bedeuten, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

HOHE ZUSTIMMUNG ZUR EINFÜHRUNG DER KINDERGRUNDSICHERUNG

In Österreich wird über eine Kindergrundsicherung diskutiert, die wie die Familienbeihilfe funktioniert und von der alle Kinder profitieren. Zusätzlich werden Kinder aus Familien mit weniger Einkommen mehr unterstützt. Sind Sie für die Einführung einer solchen Kindergrundsicherung?



Mehr als drei Viertel der Befragten (77%) befürworten die Einführung der Kindergrundsicherung, die Kinder aus Familien mit weniger Einkommen mehr unterstützen soll. Damit stellt sich die Mehrheit Österreichs hinter die langjährige Forderung der Volkshilfe & auch hinter die Soziallandesrät*innen und jene Expert*innen, Organisationen und Parteien, die sich zuletzt bei einem vom Sozialminister einberufenen Runden Tisch einhellig für die Kindergrundsicherung ausgesprochen haben.